



Nr. 15

2. Mai 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Aufgaben der neuen Bundesregierung

[Staatsmodernisierung: Fokus auf praktischen Nutzen legen](#)

dbb forum Personalvertretungsrecht

[Kreutz: Bundesregierung muss Mitbestimmung weiterentwickeln](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Warnung vor schleichender Entwertung von Funktionsebenen](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Neue Bildungsministerin: „Expertise trifft Herausforderungen“](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn: Bund soll endlich liefern](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

[Meldeverordnung soll FIU entlasten](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Aufgaben der neuen Bundesregierung Staatsmodernisierung: Fokus auf praktischen Nutzen legen

**Die Sanierung von Verkehrswegen sowie von Schul- und Verwaltungsgebäuden hat bei den Erneuerungsvorhaben für die Bevölkerung die höchste Priorität.**

Das ist das Ergebnis einer forsa-Umfrage im Auftrag des dbb. 98 Prozent halten diese Maßnahmen demnach für „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Weitere 89 Prozent wollen Strukturreformen, um die Verwaltung bürgernäher und effizienter zu machen. Eine weitere Föderalismusreform, um die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen klarer zu definieren und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, wollen 85 Prozent. Eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung und Schaffung von mehr Online-Verwaltungsdiensten ist für 80 Prozent von großer Bedeutung. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte dazu am 28. April 2025. „Strategiepapiere, Kommissionen und Müsste-hätte-könnte-Reden gab es genug. Die Menschen im Land wollen, dass endlich angepackt wird. Mit sichtbaren Ergebnissen im Alltag. Das heißt: Straßen ohne Schlaglöcher. Polizeireviere und Schulen, in die es nicht reinregnet. Digitale Behördengänge ohne Druckereinsatz. In der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt ist das nicht zu viel verlangt.“

Zwar gibt es in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür, dass dafür auch in den Verwaltungen selbst etwas passieren muss. Eine Mehrheit findet es demnach „sehr wichtig“ oder „wichtig“, dass Papierakten durch elektronische Akten ersetzt, die digitalen Kompetenzen der Verwaltungskräfte gefördert sowie die Personalausstattung in den Behörden verbessert wird. Silberbach: „Ich finde es ermutigend, dass eine Mehrheit verstanden hat, dass es ohne Investitionen in Personal und Modernisierung nicht vorangeht. Die Idee eines eigenen Ministeriums für Staatsmodernisierung findet dagegen keine Mehrheit. Angesichts der bisherigen Erfahrung mit dem Kompetenzgerangel etwa bei der Verwaltungsdigitalisierung kann ich diese Skepsis verstehen. Hier wird es darauf ankommen, wie der Zuschnitt der Ressorts und die Verteilung der Zuständigkeiten am Ende aussieht“, so Silberbach. Sein Fazit: „Wir verstehen das als klaren Auftrag an die neue Bundesregierung: Ärmel hochkrepeln und loslegen, mit klarem Fokus auf den praktischen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger!“

## dbb forum Personalvertretungsrecht Kreutz: Bundesregierung muss Mitbestimmung weiterentwickeln

**Im Koalitionsvertrag von Union und SPD taucht das Personalvertretungsrecht nicht auf. Dabei warten auf die neue Regierung drängende Herausforderungen, so dbb-Vize Milanie Kreutz.**

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD taucht das Personalvertretungsrecht nicht auf. Dabei warten auf die neue Regierung drängende Herausforderungen, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb Milanie Kreutz in ihrem Impuls zur Eröffnung des 15. dbb forum Personalvertretungsrecht. „Änderungen im Bundespersonalvertretungsgesetz sind zwingend erforderlich“, machte Kreutz deutlich. „Das Gesetz sieht keine echte personalvertretungsrechtliche Beteiligung bei ressortübergreifenden Maßnahmen und bei Maßnahmen von gebündelten Serviceeinheiten vor. Das kann so nicht weitergehen. Viele Länder sind hier beispielsweise längst weiter als der Bund. Bei einem Auseinanderfallen von entscheidungsbefugtem Dienststellenleiter und zuständiger

Personalvertretung muss die Frage der Beteiligung zwingend gelöst werden. Aus unserer Sicht sind in solchen Fällen die Interessen der betroffenen Beschäftigten am wirkungsvollsten durch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu vertreten.“

Kreutz betonte die grundsätzliche Bedeutung der Mitbestimmung. „Der öffentliche Dienst kann und muss hier Vorreiter sein für eine moderne, vielfältige, agile und digitale Arbeitswelt. Personalvertretungen sind dabei ein entscheidender Baustein. Sie tragen dazu bei, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und das Wohlbefinden aller Beschäftigten zu gewährleisten. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich dafür ehrenamtlich einsetzen, verdienen unseren Respekt, denn ihre Arbeit erfordert Zeit

und Kraft, Ausdauer und Verlässlichkeit – und manchmal kostet sie auch Nerven. Deshalb danke ich ihnen im Namen der gesamten dbb Bundesleitung für ihre Kreativität, ihre Umsicht, ihr Herzblut und ihr Einfühlungsvermögen.“

Einen vollständigen Bericht gibt es unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de).

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Schleswig-Holstein

### **Warnung vor schleichender Entwertung von Funktionsebenen**

**Mehrere Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst können infolge verschiedener Reformen von einem Berufseinstieg in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen sowie von besseren Aufstiegsmöglichkeiten profitieren. Was auf den ersten Blick positiv wirkt, hat auch eine problematische Seite, nämlich eine drohende Entwertung von Funktionsebenen. Davor warnt der dbb sh.**

Denn längst nicht alle Kolleginnen und Kollegen hätten entsprechende Möglichkeiten und „treten auf der Stelle. Deren Motivation darf aber nicht aufs Spiel gesetzt werden“, warnte der dbb Landesbund am 28. April 2025.

Im Beamtenbereich wurden in den letzten Jahren untere Besoldungsgruppen und Erfahrungsstufen gestrichen, auch um den gebotenen Mindestabstand zum Sozialleistungsniveau einhalten zu können. Damit geht ein Attraktivitätsverlust in beiden Laufbahngruppen einher, zumal das Verzahnungsamt A 9 unverändert geblieben ist. Unterhalb sind Beförderungsmöglichkeiten reduziert und oberhalb ist der Abstand zur darunterliegenden Laufbahngruppe eingeschmolzen. Es droht das Empfinden, Leistung lohne sich nicht, obwohl das Leistungsprinzip ein prägendes Merkmal des öffentlichen Dienstrechts ist, beziehungsweise sein sollte. Nachbesserungen beim Zugang zu höheren Funktionsebenen - auch wie sie von der Landesregierung mit einem neuen Karrierekonzept verfolgt werden - sind keine pauschale Lösung, weil es teilweise an ausgereiften Verfahren und häufig an entsprechenden Planstellen fehlt.

Auch im Tarifsektor hinterlassen verschiedene Entwicklungen ihre Spuren. Die Stellenbesetzungsprobleme in vielen Dienststellen führen

teilweise dazu, dass Nachwuchskräften zügig höherwertige Stellen zugewiesen werden, beziehungsweise dass entsprechende Anforderungen gesenkt werden. Das Gerechtigkeitsempfinden wird nicht selten auf die Probe gestellt.

Für den dbb schleswig-holstein ist deshalb von Bedeutung: Zum Leistungsprinzip gehört, dass Perspektiven und Karrieren möglich sind und auch gefördert werden. Aber auch Beschäftigte, denen zum Beispiel aufgrund ihres Aufgabenbereiches geringere Beförderungsmöglichkeiten offenstehen, verdienen Wertschätzung. Auch sie haben den Zugang zum öffentlichen Dienst durch eine Bestenauslese beziehungsweise entsprechende Qualifikation erreicht und bilden das Rückgrat für einen funktionsfähigen Staat. Die Arbeitgeber und Dienstherren sind deshalb aufgefordert, Beschäftigte nicht nur bei der erfolgreichen Nutzung von Karriereoptionen, sondern auch bei unverändert bestehenden Funktionen Wertschätzung und attraktive Bedingungen zuzubilligen. Nur dann kann gewährleistet werden, dass die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst für alle Beschäftigten mit einer hohen Identifikation und Motivation verbunden ist.

dbb Bildungsgewerkschaften

### **Neue Bildungsministerin: „Expertise trifft Herausforderungen“**

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien ist von der CDU als Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend nominiert worden. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie der Deutsche Philologenverband (DPfV) begrüßen das.

Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte am 28. April 2025: „Wir freuen uns sehr, dass mit Karin Prien eine kluge und erfahrene Bildungsexpertin dieses wichtige Amt übernehmen soll, die in den vergangenen Jahren sowohl als Bildungsministerien als auch als Präsidentin der Kultusministerkonferenz eine wichtige und konstruktive Ansprechpartnerin für uns war. Wir haben hohe Erwartungen an sie!“ Der DPhV schätze darüber hinaus ihr großes Engagement für die Demokratie und ihren vehementen Kampf gegen Antisemitismus.

Lin-Klitzing weiter: „Die neue politische Konstellation und die Nominierung von Karin Prien gibt die Möglichkeit, einen besseren neuen Digitalpakt zu gestalten. Dies ist unsere Aufforderung an Karin Prien, dass sich der Bund stärker als mit den bisher nur vorgesehenen 10 Prozent bei der Finanzierung des Digitalpakts beteiligt. Sie als Landesministerin kennt klar die Nöte, die mit dieser bisher vorgesehenen mageren Beteiligung des Bundes für eine kluge Digitalisierung und den kontinuierlichen administrativen IT-Support an den Schulen verbunden sind. Statt die Länder 90 Prozent der Last tragen zu lassen, wie bisher vorgesehen, halten wir eine Orientierung an der Aufteilung wie im ersten Digitalpakt mit jeweils 50 Prozent für Bund und Länder für sinnvoller und notwendig.“

„Wir freuen uns, dass mit Karin Prien eine langjährige Bildungsexpertin an der Spitze des Ministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend stehen wird“, kommentiert auch der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand die Entscheidung. „In den vergangenen

Jahren konnte sie als Kultusministerin und Mitglied und Präsidentin der damaligen Kultusministerkonferenz (KMK) und heutigen Bildungsministerkonferenz umfangreiche Einblicke in die bildungspolitischen Strukturen gewinnen und kennt sowohl die Interessen der Landes- als auch der Bundesebene. Ihrer besonderen Expertise und diplomatischen Fähigkeiten ist es zuzuschreiben, dass Sie Sprecherin der B-Länder geworden ist. Darüber hinaus gehört sie der Führungsspitze der CDU an und kann ihren Einfluss für eine bessere Bildung an höchster Stelle geltend machen. Das ist eine Chance für die Bildung, die wir dringend brauchen!“

Zudem lobt Brand die bisherige Zusammenarbeit mit Prien: „Auch wenn wir in der Sache durchaus unterschiedlicher Ansicht waren, war die Zusammenarbeit stets ernsthaft, pragmatisch, wertschätzend und am gemeinsamen Thema orientiert.“ Brand ergänzt die Erwartungshaltung des VBE gegenüber der designierten Bildungs- und Familienministerin: „Da wir um die Fachkenntnisse und Kompetenzen der neuen Bildungsministerin wissen, sind unsere Erwartungen an die kommende Legislatur hoch gesetzt. Der Digitalpakt 2.0 muss verstetigt werden. Nur mit einem „Digitalpakt für die Ewigkeit“ kann Digitalisierung an unseren Schulen funktionieren und einen Teil zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen. Dafür ist es dringend notwendig, dass die Investitionshöhe des Bundes nochmals diskutiert wird. Prien weiß um die vielfältigen Herausforderungen der Kommunen – und dass die aktuelle Finanzlage kaum Spielräume hergibt. Das muss sich in ihrer Politik zeigen.“

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Deutsche Bahn: Bund soll endlich liefern

**Der Bund als Eigentümer muss die Deutsche Bahn endlich wieder auf Kurs bringen, fordert die GDL. Besonders im Fokus ist dabei der designierte neue Bundesverkehrsminister.**

Als Nachfolger des parteilosen Volker Wissing (vormals FDP) soll mit Patrick Schnieder nun ein CDU-Politiker an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums stehen. Der aus Rheinland-Pfalz stammende Schnieder ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter und war von 2009 bis 2021 Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages.

„Wir wünschen Patrick Schnieder alles Gute und hoffen, dass er seine Amtszeit besser nutzt als sein glückloser Vorgänger“, so der GDL-Bundesvorsitzende der Mario Reiß am 29. April 2025. „Viel zu lange haben der Eigentümer Bund – und letztlich alle jeweils zuständigen Bundesverkehrsminister – tatenlos zugeesehen, wie ein DB-Vorstand nach dem anderen das Eisenbahnsystem in Deutschland an die Wand gefahren hat. Doch um die marode

Schiene leistungs- und zukunftsfähig zu machen, braucht es auf der Eigentümerseite endlich einen Fürsprecher, der den Einflüsterungen der DB-Manager widersteht und die Schiene kompromisslos, klar und konsequent nach vorne bringt. Wir hoffen, dass Patrick Schnieder sein Amt in diesem Sinne wahrnimmt“.

Grundsätzlich begrüßt die GDL die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Investitionen in die Schiene. Der politische Wille, den Bahnverkehr zu stärken, ist überfällig und richtig. Doch konzerninterne Quersubventionierungen, Kannibalisierungseffekte und strukturelle Ineffizienzen, etwa bei DB InfraGO, sowie hohe Trassenpreise, bremsen jedoch den Ausbau einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur. Zudem dürfe diese nicht länger Spielball konzerninterner Gewinnmaximierung sein. Aus Sicht der GDL kann nur eine vom Aktienrecht befreite Bundesgesellschaft

das Rückgrat einer leistungsfähigen Bahn-Infrastruktur bilden.

Ohne tiefgreifendere Strukturreformen – und den unbedingten Willen im zuständigen Bundesverkehrsministerium zu deren Umsetzung – drohe das ambitionierte Vorhaben zu scheitern, in der aktuellen Legislaturperiode mit gezielten Finanzhilfen eine notwendige Modernisierung des Schienensystems zu erreichen. Die GDL appelliert daher an die Bundesregierung, nicht bei Ankündigungen stehen zu bleiben, sondern die angekündigten Reformen mutig und konsequent umzusetzen und zu erweitern. „Jetzt ist die Zeit zum Handeln“, so Mario Reiß. „Wir bieten dem neuen Bundesverkehrsminister unsere uneingeschränkte fachliche Unterstützung bei der Erneuerung des Eisenbahnsystems an und hoffen, dass er unsere Expertise zum Wohle der Schiene nutzt“.

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ Meldeverordnung soll FIU entlasten

**Der BDZ hat Stellung zum Entwurf einer Meldeverordnung genommen, den das Bundesfinanzministerium (BMF) vorgelegt hat, um Form und Inhalt von Geldwäscheverdachtsmeldungen zu standardisieren. Ein überfälliger Schritt, der die Kolleginnen und Kollegen bei der Financial Intelligence Unit (FIU) spürbar entlasten und die Analysearbeit effektiver machen soll.**

Es ist ein Erfolg, auf den der BDZ lange hingearbeitet hat: Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat im April den entsprechenden Verordnungsentwurf zur Verbändebeteiligung vorgelegt. Damit wird eine zentrale BDZ-Forderung aufgegriffen, endlich bundeseinheitliche und verbindliche Standards für die Abgabe von Geldwäscheverdachtsmeldungen zu schaffen. Jahrelang hat der BDZ auf die Notwendigkeit solcher klaren Regeln hingewiesen, um die Arbeit der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) effektiver zu gestalten und vor allem die enorm belasteten Kolleginnen und Kollegen dort zu unterstützen.

Die FIU sieht sich seit Jahren mit einer Flut an Verdachtsmeldungen konfrontiert. Gleichzeitig war die Qualität dieser Meldungen oft sehr unterschiedlich. Fehlende Angaben und unstrukturierte Informationen sorgen für erheblichen manuellen Aufwand bei der Sichtung und Vorprüfung. Wertvolle Ressourcen der Analytinnen und Analysten werden gebunden, bevor die eigentliche Kernaufgabe – die operative Analyse zur Aufdeckung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – überhaupt beginnen

kann. Dieser Zustand ist nicht nur ineffizient, sondern stellte auch eine massive Dauerbelastung für die Beschäftigten dar. Der BDZ hat immer wieder betont: Unsere Kolleginnen und Kollegen bei der FIU brauchen bessere Rahmenbedingungen, um ihre wichtige Arbeit im Kampf gegen Finanzkriminalität leisten zu können!

Die neue Verordnung setzt genau hier an. Sie definiert im Rahmen der elektronischen Übermittlung über das IT-System goAML Mindest- bzw. Pflichtangaben für verschiedene Meldeszenarien – von allgemeinen Daten über Transaktionsdetails bis hin zu spezifischen Anforderungen, beispielsweise für Immobilien. Entscheidend ist auch die Vorgabe, dass Anlagen künftig in automatisiert auswertbaren oder elektronisch durchsuchbaren Formaten übermittelt werden müssen. Dies verspricht eine erhebliche Arbeitserleichterung und ermöglicht erst eine effiziente, IT-gestützte Auswertung großer Datenmengen; vorausgesetzt, die Systeme der FIU werden entsprechend angepasst.

Die Standardisierung ist ein wichtiger Schritt, um die FIU von unnötigem Ballast zu befreien und ihre Analysefähigkeit zu stärken. Gleichwohl steckt der Teufel bekanntlich im Detail, und eine gut gemeinte Verordnung muss auch

praxistauglich sein. Die BDZ-Stellungnahme enthält daher auch konkrete Anregungen: Verbindlichkeit stärken, Datenqualität sichern, technische Umsetzung vorantreiben.

## **Namen und Nachrichten**

Alljährlich veranstaltet die Stadt Oldenburg einen Empfang für Gewerkschaften und Personalvertretungen zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit. Auch 2025 richtete der 1. Landesvorsitzende des **dbb niedersachsen**, Alexander Zimbehl, ein gewerkschaftspolitisches Grußwort an die geladenen Gäste. Dabei ging er auf die aktuelle Belastungssituation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, aber auch in allen anderen Berufsfeldern, ein. Die zunehmende Krankheitsquote, dabei auch die ansteigende Zahl psychische Erkrankungen, sind für den dbb Landesbund ein Fingerzeig für die Belastungen, denen sich viele Kolleginnen und Kollegen angesichts steigender Anforderungen im Berufsleben ausgesetzt sehen. Für den öffentlichen Dienst forderte Alexander Zimbehl eine umgehende Organisationsanalyse und den Abbau von bürokratischen Mehrbelastungen. Im Hinblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen im Länderbereich mahnte Alexander Zimbehl die Arbeitgeberseite schon jetzt, zu einem vertretbaren Ergebnis zu kommen, welches die Beschäftigten in den Bundesländern nicht noch weiter von der Einkommensentwicklung abhängt.

Die Delegierten des Bundeshauptvorstands der **vbba Gewerkschaft Arbeit und Soziales** haben am 11. und 12. April 2025 in Nürnberg Christian Löschner zum kommissarischen Bundesvorsitzenden gewählt. Der Erste Stellvertretende Bundesvorsitzende der vbba Gerhard Knab hatte zuvor die angespannte Lage in den Arbeitsagenturen und Jobcentern erörtert: Die Beschäftigten seien derzeit mit einer stark gestiegenen Arbeitsbelastung konfrontiert, ausgelöst durch wirtschaftliche und politische Entwicklungen im In- und Ausland. Insbesondere die geplanten Veränderungen im Bereich des SGB II durch die neue Bundesregierung sowie Unsicherheiten rund um die laufenden Zukunftsprojekte sorgten für Unruhe unter den Mitarbeitenden, so Knab. Ein weiterer zentraler Punkt der Sitzung war die Nachbesetzung des vakanten Bundesvorsitzes. Nachdem der bisherige Vorsitzende Waldemar Dombrowski im Herbst 2024 zum dbb gewechselt war, wählten die Delegierten Christian Löschner zum kommissarischen Bundesvorsitzenden. Löschner gehört der vbba Bundesleitung seit 2017 an und wurde mit großer Mehrheit in das neue Amt gewählt.

## **Termine:**

15. Mai 2025

### **19. Frauenpolitische Fachtagung**

„Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus“

Weitere Informationen unter [www.dbb-frauen.de](http://www.dbb-frauen.de)

2. Juni 2025

### **dbb Verkehrstag 2025**

„Ausgebremste Wirtschaft, abgehangene Menschen – wie Deutschland wieder in Bewegung kommt“

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)